Gmünd wird württembergisch

Das Ende der alten Reichsstadtherrlichkeit

Wir sind, wenn von den Reichsstadtzeiten unserer Gmünder Heimat die Rede ist, gerne geneigt, alles in Glanz und Herrlichkeit zu sehen. Der Beitrag, den die reichsstädtische Zeit zur Geschichte und Kultur unserer Stadt geleistet hat, soll und wird mit Recht groß in der Erinnerung als einer stolzen Tradition weiterleben. Als aber jetzt vor einhundertvierzig Jahren der dickköpfig-absolutistische Herzog Friedrich (der spätere erste König von Württemberg) die Reichsstadt Gmünd einsackte, da hat es hier übel ausgesehen und die Einverleibung in Württemberg glich mehr einer Sanierung als einem gegenseitig in Freiwilligkeit abgeschlossenen Vertrag. Davon erzählte unlängst Studienrat Deibele, der unermüdliche Betreuer des städt. Archivs, in einem Vortrag in dem neugebildeten „Heimatgeschichtlichen Verein", dem er die These voranstellte, daß das, was 1802 auch in Gmünd geschehen ist, nur die Frucht einer jahrhundertelangen Entwicklung, ein Meilenstein auf dem Wege zum deutschen Einheitsstaat war. Wenn es auch peinlich und schmerzlich bleibt, daß die deutsche „Flurbereinigung" durch Napoleon vorgenommen worden ist.

Mit dem großen Korsen hatte auch Württemberg einen Geheimvertrag abgeschlossen, in dem es 1796 seine linksrheinische Besitzung Mömpelgard gegen die Abtei Zwiefalten und die Fürstprobstei Ellwangen eintauschte. Auf das ihm gleichfalls zugewiesene fürstbischöfliche Straßburgische Amt Oberkirch mußte Friedrich im Frieden von Luneville verzichten, erhielt aber durch allerlei Bemühungen und Bestechungsgelder an französische und russische Diplomaten neun schwäbische Reichsstädte, darunter auch Gmünd. Friedrich war so klug, seine neuen Besitzungen nicht Alt-Württemberg einzuverleiben, sondern für sie in Ellwangen eine eigene Regierung zu bilden, so daß der landständische Ausschuß, mit dem der Herzog in dauernder Fehde lag, ihm nicht darein reden konnte. Mit den brutalsten Mitteln seiner souveränen Gewalt ging der Herzog gegen die Städte vor, die in ihrer Schwäche vergebens versuchten, ihre Rechtstitel zu erhalten. Die Einkünfte der Städte wurden rücksichtslos beschränkt, die reichsstädtischen Magistrate abgesetzt, das Vermögen und die Stiftungen beschnitten und so die finanziellen Grundlagen der Haushalte zerstört. Erst König Wilhelm machte das Unrecht wieder gut und gab den Städten einen Teil der Waldungen zurück. So erhielt Gmünd 343 Morgen Wald wieder und der Staat übernahm einen Teil der maßlos angewachsenen städtischen Schulden, so daß damit der Bankrott der Stadtverwaltung verhindert war.

Als die Stadt Gmünd mit dem Herzog um ihre Rechte kämpfte, hatte sie wenig in die Waagschale zu werfen. Ihre Verfassung (aus dem Jahr 1544) war gänzlich veraltet. Der Verwaltungsapparat war viel zu groß. Die gesamten Einkünfte reichten kaum aus, die Beamten zu besolden. Daß ein Staatsgebiet von etwa 12 000 Bewohnern sich drei Bürgermeister leisten mußte, von denen immer einer vier Monate im Dienst war, war schon ein Verhängnis. In den Reichsstädten hatten die Bürger nur scheinbar einen großen Anteil an der Regierung und Verwaltung. In Wirklichkeit war ihr Einfluß sehr gering. Immer hatten es einzelne Geschlechter verstanden, die Macht an sich zu reißen und diese skrupellos auszunützen. In Gmünd waren es im 18. Jahrhundert namentlich die Familien Storr und Stahl, die es verstanden, ihre Verwandten und Verschwägerten in alle Gebiete der Verwaltung einzuschmuggeln. Der Aemterkauf war hier wie in keiner anderen Stadt im Schwung. Das gab Anlaß zu fortwährenden Zwistigkeiten zwischen Bürgerschaft und Stadtverwaltung. Das ganze 18. Jahrhundert ist angefüllt mit Prozessen, die aus den Verhältnissen herauswuchsen. Dieses lähmte die Wirtschaft und brachte dem kleinen Staatswesen Schulden über Schulden.

Einst waren die Reichsstädte Horte eines blühenden Lebens, Mittelpunkte der näheren und weiteren Umgebung. Inselhaft waren sie in eine fremde, ja feindliche Umgebung eingestreut. Aber längst schon hatten sie ihre Machtstellung an das absolutistische Fürstentum verloren. Dahin war die goldene Zeit des Gewerbes. Die Zünfte, ursprünglich dessen beste Förderung, waren jetzt sein größter Hemmschuh. Betriebe, die in sich alle Fähigkeiten zur Entwicklung hatten, wurden abgewürgt. Man entzog ihnen auf Jahre und Jahrzehnte das Recht, Lehrlinge auszubilden und Gesellen einzustellen. So blieben sie beim Ein- oder Zweimannbetrieb stehen. In Gmünd stellte der württembergische Kommissar Bernritter fest, daß weder im Goldschmiedsgewerbe noch bei der Baumwollspinnerei die neueren technischen Einrichtungen eingeführt seien. Ja selbst den größeren Unternehmen fehlte die Kenntnis maschineller Einrichtungen. Dazu kam, daß die Nachbarstaaten immer mehr zur Selbstversorgung auch auf industriellem Gebiete übergingen. Württemberg schlug dem Gmünder Handel die größten Wunden. Zollstätte um Zollstätte wurde errichtet. Und als die Gmünder Handelsleute sich neue Wege zu den Messen suchten, die nicht durch württembergische Zollstätten belästigt waren, da ließ Württemberg die Gmünder Handelsleute, die durch sein Gebiet zogen, gefangen setzen und die Waren beschlagnahmen.

In fast allen Gmündischen Dörfern saßen, wenn auch ganz wenige, württembergische Bauern. Diese wurden dazu benützt, der Stadt auf alle Weise Schikanen zu bereiten. Recht um Recht machte Württemberg der Stadt streitig, und auch ohne das Eingreifen Napoleons wäre die Stadt über kurz oder lang gezwungen gewesen — wie Eßlingen und Reutlingen — ihre Selbständigkeit stückweise an Württemberg abzutreten. Verheerend machte sich die Wirtschaftspolitik Josefs II. für Gmünd geltend. Josef belegte die Luxusgegenstände mit einem solchen Zoll, daß praktisch jede Einfuhr unterbunden war. Die Folge war, daß das Gmünder Goldschmiedsgewerbe langsam zum Erliegen kam. Mehr als hundert Goldschmiedsfamilien wanderten nach Wien aus. Sie gründeten dort die Edelmetallindustrie und würgten durch ihre Konkurrenz vollends das hiesige Handwerk ab. Die Einnahmen der Stadt gingen rapid zurück. Die

Kosten für Kriege und Kriegsdurchmärsche erfuhren eine katastrophale Höhe. Wenn Herzog Friedrich nicht eingegriffen hätte, so wäre der Staatsbankerott für Gmünd unabwendbar gewesen.

Verhängnisvoller als Kriegselend und Verschuldung war die schlechte Verwaltung der Stadt. Im Gmünder Stadtarchiv sind noch Akten vorhanden, aus denen hervorgeht, daß Bürgermeister als Pfleger von Stiftungen jahrzehntelang keinen Zins einforderten, Hunderttausende von Gulden Anlagekapital durch Saumseligkeit verlustig gehen ließen, ja jahrelang nicht die geringste Buchführung gemacht hatten. Als dann endlich der Bischof von Augsburg als oberste Aufsichtsbehörde einschritt, war ein großer Teil der Stiftungskapitalien dahin. Auch die Führung der Rechnungsbücher, der Vertragsprotokolle usw. beweisen die unglaubliche Leichtfertigkeit, mit der die Beamten verfuhren. Jahre, jahrzehntelang wurden die Rechnungen weder gestellt noch geprüft. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die schüchternen Versuche der Reichsstädte, 1798 und 1802 ihre Reichsunmittelbarkeit zu retten, wenig Aussicht auf Erfolg hatten. Man ging über ihre Eingaben einfach zur Tagesordnung über.

So sehen wir also in Gmünd wie in den meisten übrigen Reichstädten eine verlotterte Verwaltung, ein Ueberhandnehmen von Schulden, die nahe an den Staatsbankerott heranführten. Dazu die mißlichen konfessionellen Verhältnisse! War Württemberg damals durch seine Landstände unduldsam protestantisch, so sehen wir in Gmünd ein ebenso extremes Staatswesen auf katholischer Grundlage. Es mutet noch ganz mittelalterlich an mit seinen Unmengen von Prozessionen, Wallfahrten, Bruderschaften, Klöstern, Kirchen und Kapellen. Wenn so zwei grundverschiedene Staatsgebilde zusammengeworfen werden, kann es natürlich nicht ohne Scherben abgehen.

Am 6. September 1802 hat sich dann die Besitznahme Gmünds durch Württemberg vollzogen. An diesem Tag kam Regierungsrat von Reischach nach Gmünd. Ihm folgte das Militär auf dem Fuße. Nirgends gab es Widerstand. Die Zivilkommission kehrte nach kurzer Zeit nach Stuttgart zurück, das Militär aber blieb. Sofort wurden über die kirchliche, politische und ökonomische Verfassung genaue Berichte aufgenommen. Die Beamten wurden scharf beurteilt und auf ihre Eignung zur Uebernahme auf Württemberg genau überprüft. Vor allem lag Friedrich an dem Vermögen der Klöster, Spitäler, Heiligenpflegen, Stiftskapitalien, Bruderschaften und Schulpflegen. Am 16. November wurde in jede Reichsstadt ein herzoglicher Diener mit den Befugnissen eines Oberamtmannes eingesetzt. In Gmünd war es Bernritter. Am 23. November wurde die Zivilverwaltung offiziell übernommen. In der Versammlung des Magistrats eröffnete der Kommissar seinen Auftrag, übergab das herzogliche Schreiben, entband den Magistrat von seinen bisherigen Rechten und Pflichten und verpflichtete alle Beamten und Geistlichen auf den neuen Landesherrn. Unter militärischer Bedeckung wurden die Besitznahmepatente an die Hauptgebäude und Tore angeschlagen und die alten Wappen abgenommen.

Wenn Waschtag war